

### Christentum, Kirche und Politik - Geschichte und Gegenwart in einem Kernland der Reformation

Unter diesem Motto nahmen Mitglieder des Landesvorstandes an einem Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung in Erfurt teil. Im Augustinerkloster ging zunächst der Vorsitzende der CDU Fraktion im Landtag des Freistaates, Mike Mohring, in seinem Referat "Chancen und Perspektiven der Christdemokratie in einer postsozialistischen Gesellschaft" auf die aktuelle Situation in Thüringen ein. Dabei machte er deutlich, dass nur noch ein Drittel der Bewohner in einer

Aufklärung. Hierbei spiele die politische Bildung eine ungeheuer wichtige Rolle. Dies geschehe durch Ausstellungen, Veröffentlichungen, Unterstützung von Gedenkstätten und Besuchen in Schulen. Wichtig sei Neubert die Einsicht, dass die Auseinandersetzung mit der ehemaligen DDR nicht am Ende, sondern am Anfang sei.

Thematisch konnte Dr. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, direkt an den Vortrag von Hildigund Neubert anschließen, jedoch aus Sicht der Opfer. Er stellte unter der Überschrift "Die Täter sind unter uns. Über das Schönfärben der SED-Diktatur" die Situation im ehemaligen zentralen Stasi Untersuchungsgefängnis ausführlich da. Dabei schilderte er detailreich die Verhörmethoden sowie über den



Kirche Mitglied seien. Ebenso nehme nur ein Viertel der Schüler am Religionsunterricht teil. Als Ursache dafür machte er die Verhältnisse in der ehemaligen DDR aus.

Im Anschluss daran referierte Hildigund Neubert, Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zum Thema: "Versöhnung - Schlussstrich - Aufarbeitung". Dabei ging sie auf die Aufgaben ihrer Behörde. Dazu zählen die Beratung - Rehabilitation und Einsicht in die Akten - ebenso wie die

Alltag der über 40.000 Insassen in den Jahren von 1945-1989. Für Knabe ist es bis zum heutigen Tag nicht nachvollziehbar, dass die damals verantwortliche Partei, die SED - Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, bis zum heutigen Tag, wenn auch unter dem Namen Die Linke weiter bestehen dürfe und nicht verboten wurde.

Im Anschluss daran wurden die Semiarteilnehmer von der ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Jutta Reißland durch Erfurt geführt.

### Christentum ist die weltweit am stärksten verfolgte Religion

"In mehr als 60 Staaten auf der gesamten Erde ist gegenwärtig die freie Ausübung der eigenen oder der Wechsel zu einer anderen Religion nicht möglich oder der Gefahr massiver Bedrohung und sogar Verfolgung ausgesetzt. Das Christentum ist dabei seit geraumer Zeit weltweit die am stärksten unterdrückte und verfolgte Religion. Am Sonntag Reminiszenz sind wir deshalb mit unseren Gedanken bei unseren verfolgten Schwestern und Brüdern in aller Welt. Wir stehen fest an ihrer Seite und werden sie auch künftig in unsere Gebete einschließen." erklärt der EAK Landesvor-

sitzende Volkmar Klein MdB.

"Die Verfolgung und Diskriminierung des Christentums ist eine der drängendsten Herausforderungen für die internationale Menschenrechtspolitik. Es ist daher wichtig, dass sich Deutschland auch weiterhin für die Verwirklichung der Religionsfreiheit in anderen Staaten einsetzt. Unser Grundgesetz garantiert in Artikel 4 die Religionsfreiheit. Dieses unverzichtbare Grundrecht in unserem Land verpflichtet uns dazu, denen zur Seite zu stehen, die wegen ihrer Religion Verfolgung und Unterdrückung erleiden."

### Evangelische Arbeitskreis diskutiert über Christenverfolgung

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Unna und der EAK im Märkischen Kreis hatten zu einer gemeinsamen Veranstaltung nach Schwerte eingeladen. Die EKD hat den Sonntag Reminiszenz zum "Tag der verfolgten Christen" erklärt und regt an, jedes Jahr auf die Situation der 100 Millionen Christen, die unter Verfolgung leiden, aufmerksam zu machen.

Dr. Daniel Ottenberg von der Organisation open doors berichtete über die Situation der Christen in Usbekistan. Auf dem Weltverfolgungsindex ist dieses Land hinter Nordkorea, Iran, Somalia auf Platz 9 zu finden. Aufgrund eigener Erfahrungen, die er während eines Besuchs in Usbekistan gemacht hatte, beschrieb er sehr eindrücklich die

Schwierigkeiten, Gottesdienste zu feiern, Bibeln zu kaufen und zu verbreiten. Kleine Gemeinden treffen sich in Gaststätten, um zu beten. Die Christen werden in diesem Land durch Propaganda systematisch diffamiert und für Miss-

stände in der Gesellschaft verantwortlich gemacht. Pfarrer müssen als Taxifahrer für den Lebensunterhalt ihrer Familien sorgen. Sie stehen, vergleichbar mit Stasi Methoden in der ehemaligen DDR, unter ständiger Kontrolle. Die zahlreichen Besucher waren sich einig, dass diese Missstände zu wenig der Öffentlichkeit bekannt seien. Christliche Solidarität sei nötig. So wird der

EAK in jährlichen Veranstaltungen zukünftig dieses Thema weiter verfolgen und in geeigneter Weise Unterstützung anbieten.



### Für ein Verbot der PID: Schutz des menschlichen Lebens von Anfang an

von Prof. Dr. Günter Krings MdB

Die Entscheidung über die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) stellt uns vor eine schwierige und von jedem Abgeordneten individuell zu treffende Gewissensentscheidung. Dabei mag man auch auf der Grundlage christlicher Verantwortung zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Der respektvolle Umgang mit anderen Auffassungen und mit unserer christlichen Religion sollte uns in der CDU eine gewisse Zurückhaltung auferlegen.

Auch wenn ich mich im Ergebnis sehr klar für ein generelles Verbot der PID einsetze, nehme ich den verständlichen Wunsch der betroffenen Paare nach einem eigenen gesunden Kind ernst. Ich bewundere in diesem Kontext auch die Kraft, mit der sich Betroffene schon jetzt liebevoll und aufopfernd um ihre behinderten Kinder kümmern.

Ethiker und Mediziner diskutieren darüber, wann menschliches Leben beginnt: Aus der Bibel heraus kann ich diese Frage nichtletztgültig beantworten. Aber wenn bei dieser im wahrsten Sinne des Wortes lebensentscheidenden Frage Zweifel verbleiben, dann dürfen wir sie nicht zu Lasten des Lebens lösen. Es muss hier gelten: in dubio pro vita. Deswegen muss für mich der Lebensschutz möglichst früh beginnen. Bei dem kontinuierlichen Prozess der Entstehung von menschlichem Leben bleibt die einschneidendste Zäsur die Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Auch wenn dieser Embryo in der Petrischale noch nicht die physische Gestalt eines geborenen Menschen hat, so trägt er doch alle Anlagen und Entwicklungsmöglichkeiten seiner individuellen Persönlichkeit. Mit diesem Stadium hat auch unser aller Leben begonnen.

Entgegen einer häufig angestellten oberflächlichen Betrachtung steht dieser Schutz auch nicht in einem Wertungswiderspruch zur Möglichkeit bzw. Gefahr einer späteren Abtreibung. Dieser angebliche Widerspruch beruht auf dem Vergleich zweier völlig unterschiedlicher Situationen. Ein Schwangerschaftsabbruch ist nach der Wertung des Gesetzgebers wegen eines auf andere Weise nicht abwendbaren schwerwiegenden Entscheidungskonfliktes der werdenden

Mutter nicht strafbar. Diese Notlage besteht beim Embryo in der Petrischale aber gerade nicht; es handelt sich vielmehr um einen von Ärzten geplanten und im Labor gesteuerten medizinischen Vorgang. Wenn man hier von einer Konfliktsituation sprechen wollte, so wäre sie mit Hilfe von Medizinerinnen bewusst herbeigeführt worden. Und anders als beim Schwangerschaftsabbruch, bei dem wir keiner Mutter und keinem Vater unterstellen sollten, diesen schwerwiegenden Schritt der Abtreibung leichtfertig zu tun, gibt es in der Petrischale keinen natürlichen Schutz und keine natürliche Hemmschwelle gegen das Opfern von Leben. Aus dieser besonderen Verletzlichkeit des Embryos resultiert auch seine besondere Schutzbedürftigkeit. Genau das war und ist der Grundgedanke des deutschen Embryonenschutzgesetzes. Die PID ist immer auf eine Untersuchung und Auswahl von Embryonen mit bestimmten Krankheiten oder Behinderungen gerichtet; bei dem Embryo im Mutterleib gibt es dagegen diese Auswahl nicht, sondern hier geht es nur um die Situation und die gesundheitlichen Gefahren für die Mutter.

Eine begrenzte Zulassung der PID lässt sich weder in rechtlicher noch in praktischer Hinsicht durchhalten. Jede Festlegung eines Indikationskatalogs hätte den Charakter einer Selektion; eine spätere Ausweitung wäre bereits immanent angelegt. Dies zeigen sowohl die Erfahrungen in anderen Ländern als auch die bisherigen Erfahrungen mit der Pränataldiagnostik (PND). Vor allem aber hätte die Festlegung auf bestimmte Krankheiten oder Behinderung eine verheerende Wirkung auf die lebenden Betroffenen: Wer PID eingrenzen will, muss dann auch sagen, wen er gesellschaftlich ausgrenzen will!

Diese grundsätzlichen Zweifel an der wirksamen Möglichkeit der Eingrenzung bleiben auch bei einer Entscheidung durch Ethikkommissionen im Einzelfall bestehen. Wie auch hier Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, führt dies zu einer kontinuierlichen Erweiterung der Kriterien. In Frankreich, das lange Zeit als Beispiel für eine restriktive Zulassung der PID galt, wurde jetzt sogar ein "Rettungsgeschwisterkind", gezielt mit dem Ziel der Stammzellenspende erzeugt, geboren. Die Bewertung des oft tragischen

## EAK Newsletter

## Ausgabe April 2011

Einzelschicksales birgt zudem die Gefahr, dass aus Gründen des nachvollziehbaren Mitgeföhls aus der Ausnahme faktisch die Regel wird. Daher kann ein konsequenter Schutz des Lebens nur durch ein generelles Verbot erreicht werden. Wenn wir menschliches Leben als ein Geschenk Gottes ansehen, sollte der Gesetzgeber es nicht mit Bedingungen oder Auflagen versehen.

**Prof. Dr. Günter Krings** wurde 1969 geboren, ist evangelisch und promovierter Jurist. 1985 trat er in die CDU ein. Seit 2002 ist Dr. Krings Mitglied des deutschen Bundestages und derzeit stellvertretender CDU/CSU Fraktionsvorsitzender. Darüber hinaus ist er stellvertretender EAK Landesvorsitzender, Mitglied des CDU und MIT Landesvorstandes und Kreisvorsitzender in seiner Heimatstadt

Mönchengladbach.



### EAK Landesvorstand diskutiert mit Kirchenrat Krebs

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, Kirchenrat Krebs, berichtet während der letzten EAK Landesvorstandssitzung von seiner Arbeit. Dabei zeigte er sich sehr erfreut über die Einladung und das Interesse des EAK an seiner Arbeit.

Inhaltlich ging er unter anderem auf die Bildungspolitik ein. Die Diskussion sei sehr komplex und differenziert zu betrachten. Er verwies auf hervorragend arbeitende Schulen aus dem gegliederten Schulsystem, die nach Meinung der Ev. Kirchen nicht aufgegeben werden dürfen. Als sehr wichtig erachtet Krebs das christliche Menschenbild, was als verbindliche Vorgabe für die CDU zu sehen.

Weiter berichtet er dazu von seinen Erfahrungen und stellte dazu fest, dass "Evangelisch" und "CDU" sich nicht beiße. Auch wenn die Mehrheit der CDU Landtagsabgeordneten katholisch sei, so habe sich - insbesondere unter der Regierung Rüttgers - eine sehr gute Arbeitsatmosphäre entwickelt. In diesem Zusammenhang stellte Krebs heraus, dass die Kirche als Partner wahrgenommen werde und man respektvoll verhandele. Wobei er abschließend darauf verwies, dass unter der schwarz-gelben Regierung alle Minister mit der religiösen Eidesformel ihren Amtseid leisteten. Hingegen gehören der Minderheitsregierung 5 Minister an,

die keine Kirchenmitglieder sind und ihrem Amtseid keine religiöse Beteuerung hinzugefügt hätten.

Ausführlich wurde anschließend über das Thema Ökumene lebhaft diskutiert. Dabei hob Rolf Krebs hervor: Kardinal Meisner sieht nur die Katholische Kirche als "Kirche", die evangelische Seite hingegen nur als "kirchliche Gemeinschaft". Präses Schneider bemühe sich um Begegnungen. Aus diesem Grund stagniere die Ökumene auf oberer Ebene, floriere aber auf der gemeindlichen. Die gegenseitige Anerkennung der Taufe sei hingegen ein Zeichen der Einheit.

Ebenso diskutierte der EAK Landesvorstand auf seiner Sitzung im Landtag über den Leitantrag für den CDU Landesparteitag. Dazu hatte eine Kommission unter Leitung von Dr. Plöhn Änderungsvorschläge unterbreitet. Einige Anregungen zur Diskussion in der Antragskommission waren Rückmeldungen im Netzwerk der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung, wozu Dr. Plöhn aufgerufen hatte. In diesem Netzwerk sind Professoren und Abgeordnete und Minister in Bund und Ländern, aber auch Ärzte, Pfarrer, Unternehmer und Kommunalpolitiker zu finden. Im Ergebnis war damit wohl ein gewisser Anregungseffekt für die Partei, eine Möglichkeit zur weiteren Vernetzung zwischen Handlungsträgern verschiedener Bereiche und auch ein Werbeeffect für den EAK verbunden.

### Korrigierte Neuauflage des Jugendkalenders der EU unbedingt geboten

Zu Beginn des gegenwärtigen Schuljahres sind auch an deutschen Schulen mehr als 500.000 Exemplare des Jugendkalenders der Europäischen Union verteilt worden. "Es ist eine nicht nachvollziehbare Peinlichkeit, dass in diesem Kalender die bedeutendsten Festtage diverser Religionsgemeinschaften verzeichnet sind, während allein die wichtigsten christlichen Feste nicht aufgeführt wurden.", kritisiert Volkmarr Klein die Vorgänge in Brüssel.

Auch der EAK hat diesen Vorfall bei ihrer letzten Vorstandssitzung diskutiert. "Für uns Christdemokraten ist dabei noch einmal deutlich geworden: Die Bewahrung und die Pflege unserer reichen christlichen Kultur ist eine der wichtigsten Aufgaben auf allen Ebenen der Politik, nicht nur im Euro-

päischen Parlament oder im Deutschen Bundestag, sondern auch in den Gemeinden und Landkreisen.", machte der Bundestagsabgeordnete den Standpunkt des EAK deutlich.

Ein Kalender der EU ohne Verweis auf das christliche Fundament unseres gemeinsamen europäischen Hauses ist nicht hinnehmbar. "Als EAK begrüßen wir die Entschuldigung des für den Verbraucherschutz zuständigen EU-Kommissars. Gleichwohl halten wir eine möglichst rasche, korrigierte Neuauflage des Jugendkalenders der EU für unbedingt geboten. Das Christentum prägt den europäischen Kulturraum nach wie vor viel deutlicher als jede andere Religion: Dieses Bewusstsein ist auch Schülerinnen und Schülern zu vermitteln.", so der EAK Landesvorsitzende abschließend.

### EAK Kreisverband Steinfurt trifft sich mit CDU Kreisvorsitzenden

Zu einem Kaminabend hatte der EAK Kreisverband Steinfurt die neu gewählte CDU Kreisvorsitzende Christina Schulze-Föcking eingeladen.

In ihrem politischen Bericht ging die direkt gewählte Landtagsabgeordnete Christina Schulze-Föcking auf viele Themen ein. Unter anderem kritisierte sie die seltsame Geldvermehrung des Finanzministers. Ebenso fand sie das Abstimmungsverhalten der rot-rot-grünen Regierung als deutlichen Fin-

gerzeig einer informellen Regierung.

Weiter ging Sie auf die aktuelle Dioxinproblematik ein. Ausführlich wurde über die Möglichkeit von Neuwahlen diskutiert. Dabei hob die Landwirtin hervor, dass die Klimmzüge der FDP nicht zu übersehen seien, um wieder in der Regierung mitarbeiten zu können.

Die neue Landtagsabgeordnete und CDU Kreisvorsitzende hat sich schnell in die Themen vor Ort und den politischen Alltag im Düsseldorf eingearbeitet und hinterließ bei den Mitgliedern des



EAK einen guten Eindruck.

### CDU/CSU Bundestagsfraktion gibt Broschüre zur Religionsfreiheit heraus

Auf die Christenverfolgung aufmerksam machen, das ist das Ziel der CDU/CSU Bundestagsfraktion mit der jetzt



300+ Unsere Politik –  
Religionsfreiheit vorantreiben, Christen schützen



neu erschienenen Broschüre "Religionsfreiheit weltweit schützen". Den einleitenden Beitrag dazu hat der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder geschrieben. Weitere Autoren sind der stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Johannes Singhammer zum Thema: "Herzland der Christen bald christenfrei - Appell an die türkische Regierung"; "Religionsfreiheit ist Menschenrecht - auch für Christen" von Erika Steinbach und Ute

Granold beschäftigt sich mit "Christenverfolgung im 21. Jahrhundert - eine Bilanz". Ebenso beinhaltet die Broschüre den kompletten Bundestagsantrag "Religionsfreiheit weltweit schützen" beinhaltet.

Auch der EAK Landesvorsitzende Volkmar Klein MdB unterstützt die Initiative der Fraktion: "Deshalb ist es wichtig, dass Deutschland auch weiterhin uneingeschränkt für die Verwirklichung der weltweiten Religionsfreiheit eintritt. Dies ist eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele, zu denen sich CDU und CSU als christlich geprägte Parteien schon immer bekannt haben und auch weiterhin uneingeschränkt bekennen."

Unter folgender Internetadresse kann die Broschüre heruntergeladen werden: <http://www.cduscu.de/GetMedium.aspx?mid=2388> Ebenso besteht die Möglichkeit, diese kostenlos telefonisch unter 0 30/2 27-5 53 74 oder per Email bei [andrea.albrecht@cduscu.de](mailto:andrea.albrecht@cduscu.de) anzufordern.

### Pressemitteilung der CDU/CSU Bundestagsfraktion: Religion darf und soll öffentlich sichtbar sein

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat heute endgültig über die Frage von Kruzifixen in italienischen Schulen geurteilt. Dazu erklärt die Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Dr. Maria Flachsbarth:

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte begrüßen wir ausdrücklich. Es entspricht unserem Verständnis von Religionsfreiheit, dass Glaube nicht nur privat gelebt werden darf, sondern auch im öffentlichen Raum seinen sichtbaren Platz hat.

Dies ist gerade Ausdruck eines weltanschaulich-neutralen Staatsverständnisses. Religion aus der Öffentlichkeit zu verbannen, bedeutete eine einseitige Bevorzugung des Atheismus, dem sich aber nur ein geringer Teil der Bevölkerung zugehörig fühlt. Es ist daher gut, dass sich die große Kammer des EGMR im Revisionsverfahren der Auffassung sei-

ner kleinen Kammer, die Religionsfreiheit nur als negatives Recht begreift, nicht angeschlossen hat.

Für uns ist es selbstverständlich, dass Religion, die in Gemeinschaft gelebt wird, öffentlich sichtbar sein darf und soll: das gilt für Gebäude, in denen Glaubensgemeinschaften zum Gebet zusammen kommen in gleichem Maße wie für die Symbole, die den Anhängern der Religionen wichtig sind: das gilt für Kruzifixe und Kirchen. Zweifelsohne gilt das gleiche Recht aber auch für Synagogen und Davidsterne oder auch Moscheen und Halbmonde.

Das Kreuz ist mehr als ein kulturelles Symbol: es ist zeichnerisch der "Ort", unter dem Christen sich versammeln. Für das Zusammenleben von Menschen, die verschiedenen oder auch gar keinen Religionen angehören, sollte es selbstverständlich sein, dass den Symbolen, die dem jeweils anderen heilig sind, Respekt und Toleranz entgegengebracht wird.

### EAK Bezirksverband Niederrhein hat eine neue Internetseite

Seit kurzer Zeit hat der EAK Bezirksverband Niederrhein seinen neuen Auftritt im Internet freigeschaltet. Es steht den Besuchern ein umfangreiches Informationsangebot zur Verfügung. Zunächst stellt sich der EAK mit seinen Zielen vor. Weiter sind alle aktuellen Meldungen ebenso abrufbar wie der Bezirksvorstand und die Kreisverbände. Auch die Termine werden in einer eigenen Rubrik publiziert. Unter folgender Adresse sind die neuen Internetseiten zu finden: [www.eak-niederrhein.de](http://www.eak-niederrhein.de) Das Design wurde von der Firma VANAMELAND entworfen und steht auch allen weiteren Verbänden des EAK zur Verfügung. Interessierte können sich gerne wegen der technischen Umsetzung an die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf wenden.



### Wieviel "C" braucht Politik?

Am 16. Februar 2011 hatte der EAK Kreisverband Bochum seinen Landesvorsitzenden Volkmar Klein (MdB) zu Gast. Vor fast 50 Gästen referierte er im Kolpinghaus Watscheid zum Thema "Wieviel C braucht Politik"? Zu Gast war auch unser Kreisvorsitzende Dr. Christoph Konrad, der mit einem Grußwort die Veranstaltung einleitete. Die Moderation übernahm anschließend die EAK-Kreisvorsitzende Elke Janura.



Volkmar Klein begann seinen Vortrag mit der Jahreslosung 2011: "Lass Dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem." In diesem Zusammenhang erwähnte er den barmherzigen Samariter, aber auch Albert Schweizer, der stets Gutes in die Welt bringen wollte. Begriffe wie Demut, Respekt und Bescheiden-

heit stellte er als zentrale christliche Werte heraus. Wichtig erschien ihm auch die Frage, wie der Charakter unseres Landes - unser christliches Wertefundament - erhalten bleibt: "Offenheit und Toleranz darf uns nicht den Boden unter den Füßen wegziehen."

Abschließend gab Volkmar Klein zu erkennen, wie wichtig es für ihn ist, einerseits Grenzen zu überschreiten, indem wir armen Ländern helfen, andererseits aber auch Grenzen zu setzen, indem wir Verantwortung tragen für nachfolgende Generationen. An den interessanten Vortrag schloss sich eine lebhaftere Frageunde an. Die Kreis-

vorsitzende Elke Janura resümierte: "Es war ein interessanter Abend, wo jeder etwas für sich mitnehmen konnte."

### Fraktionen fordern Schutz von Mor Gabriel

Der Oberste Gerichtshof der Türkei hat Ländereien des christlichen Klosters "Mor Gabriel" in Südostanatolien dem türkischen Staat zugesprochen. Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag nennt dies ein "Sinnbild für die Verdrängung des Christentums" und will den Fall vor dem Europäischen Gerichtshof sehen. Die SPD fürchtet den Verlust christlicher Kultur am Bosphorus.

Wie der Stiftungsvorsitzende des Klosters, Kuryakos Ergün am Donnerstag mitteilte, entschieden die Richter in Ankara in dem bereits seit Jahren andauernden Rechtsstreit um die Ländereien nun zugunsten des türkischen Schatzamtes. Details seien noch unklar, das Kloster warte auf den offiziellen Bescheid, meldet die Katholische Nachrichtenagentur.

Das Kloster "Mor Gabriel" war bereits im vierten Jahrhundert gegründet worden. Mit der Klage hatte das türkische Schatzamt seinen angeblichen Anspruch auf einige Felder in der Umgebung des Klosters durchsetzen wollen. Die Klage wurde im Juni 2009 von einem Gericht in der südosttürkischen Stadt Midyat zurückgewiesen und ging daraufhin an das Berufungsgericht in Ankara.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag äußerte

sich derweil besorgt über das Urteil. Die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Flachsbarth, wünscht sich eine Untersuchung des Falls vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. "Wir dürfen nicht zulassen, dass das weitreichende Urteil den Erhalt des Klosters im Tur Abdin in Frage stellt. Der Abt sowie die weiteren verbliebenen Bewohner des Klosters und die aramäische Gemeinde dürfen sich unserer Solidarität sicher sein. Wir müssen nun mit vereinten Kräften auch gemeinsam mit unseren europäischen Partnern sehen, mit welchen konkreten Maßnahmen wir dem Kloster Mor Gabriel zur Seite stehen können", teilte sie am Montag mit.

Die Sprecherin der Unionsfraktion für Menschenrechte, Erika Steinbach, sieht die Situation des Klosters als "geradezu symbolisch für die schwierige Lage der Christen in der Türkei". Auch wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig sei, so bedeute es einen "schweren Rückschlag für die Christen in der Türkei und lässt für die Zukunft wenig Gutes erwarten". Steinbach weiter in einer Pressemeldung: "Sinnbildhaft steht der Entzug von Grund und Boden des Klosters 'Mor Gabriel' für die Verdrängung des Christentums in der Türkei."

Quelle: [www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

### EAK Mark spricht sich für Aussetzung der EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aus

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Märkischen Kreis begrüßt die Forderung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder den EU-Beitritt der Türkei bis zur vollständigen Gewährleistung von Religionsfreiheit in dem Land auszusetzen.

Das Recht auf Freiheit der Religionsausübung ist neben weiteren Grundfreiheiten wesentliches Merkmal der Europäischen Idee. Jedem Menschen innerhalb der Mitgliedsstaaten steht das Recht auf Wahl seiner Glaubensrichtung, Form des Bekenntnisses und Ausübung seiner religiösen Ansichten frei. „Der Fortschrittsbericht der EU Kommission zeichnet für 2010 erneut ein düsteres Bild hinsichtlich der Religionsfreiheit in der Türkei. Wenn die Europäische Gemeinschaft ihren freiheitlichen Grundgedanken ernst

nimmt, darf sie ohne weitere Reformbemühungen in der Türkei keine weiteren Beitrittsverhandlungen mit diesem Land führen“, so der EAK-Kreisverbandsvorsitzende Benjamin Korte aus Iserlohn.

Der stellvertretende Kreisvorsitzende Joshua Märker aus Lüdenscheid führt ergänzend an: „In Anerkennung aller Reformbemühungen seitens der Türkei ist es für uns inakzeptabel, dass unseren orthodoxen Glaubensbrüdern weiterhin die Priesterausbildung untersagt wird und somit das christliche Leben in der Türkei ausgetrocknet wird und es darüber hinaus immer noch zu Enteignungen der christlich-orthodoxen Kirche kommt.“ Dem EAK im Märkischen Kreis ist es wichtig, dass auch die Menschen in der Türkei ihren Glauben künftig frei von Verfolgung, Vertreibung und Ressentiments leben dürfen.

## EAK Newsletter

## Ausgabe April 2011

### Kolumne des Landesvorsitzenden

Liebe Freunde im Evangelischen Arbeitskreis,

nach turbulenten ersten Monaten im Jahr 2011 möchte ich auf einige wichtige Punkte aus meiner Sicht eingehen.

Insbesondere möchte ich den Tag der verfolgten Christen erwähnen. Es ist für mich immer wieder erschreckend, in welchem Maß und wie gewalttätig gegen Brüder und Schwestern auf der ganzen Welt vorgegangen wird. So aktuell der Mord an dem christlichen Minister in Pakistan, aber ebenso die Verhaftungen von Christen in Laos und Eritrea. Es zeigt jedoch auch, dass wir damit richtig lagen, uns auf der Landestagung im Jahr 2009 in Köln mit diesem wichtigen Thema zu beschäftigen. Wie viele von Ihnen auch in den Kreisverbänden Veranstaltungen mit Open Doors durchgeführt haben, so bin ich regelmäßig im Gespräch mit dieser wichtigen Organisation. Bitte lassen Sie in Ihren Bemühungen nicht nach!

Umso erfreulicher ist es, das nun die europäischen Außenminister in einem gemeinsamen Dokument zu der Auffassung gelangt sind, dass Gewalt gegenüber Christen, Gotteshäusern und die Religionsfreiheit unter einen besonderen Schutz zu stellen sind. Allerdings - dies sei in diesem Zusammenhang erwähnt - ist es nicht hinnehmbar, dass christliche Feiertage in offiziellen Kalender der EU fehlen.

Auf die traurige Situation der nordrhein-westfälischen Minderheitsregierung möchte ich ebenso eingehen. Es ist mittlerweile für den gesunden Menschenverstand nicht mehr nachvollziehbar, in welcher Kürze sich die Roten und die

Grünen unter freudiger Mithilfe der Kommunisten und Sozialisten am Erbe unserer Enkel vergehen. So reicht es wahrscheinlich schon, wenn ich auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofs hinweise. In der Zeit von 2005 bis 2009 habe ich selbst als haushaltpolitischer Sprecher daran mitgewirkt, die Neuverschuldung des Landes deutlich zurück zufahren. Und ich glaube, dies ist uns gut gelungen!

Wären nicht die wirtschaftliche Rezession über uns hereingebrochen, hätten wir es geschafft, keine roten Zahlen zu schreiben. Wir dürfen dies nicht unwidersprochen hinnehmen und müssen an jeder Stelle auf diesen ungeheuerlichen Sachverhalt hinweisen.

Abschließend noch eine positive Nachricht, auch wenn es noch ein wenig bis zum Reformationsjubiläum im Jahr 2017 dauert. So begrüße ich es sehr, dass die Bundesregierung nun jährlich 5 Millionen Euro für Projekte und Veranstaltungen des 500. Jubiläums der Reformation beisteuert.

In diesem Sinne!  
Ihr



Volkmar Klein



### Termine

13. Mai 2011  
EAK Bundestagung  
Konrad Adenauer Haus, Berlin

18. Mai 2011  
Evangelischer Arbeitskreis Kreiverband Bonn  
Jahresempfang  
Markuskirche Brüser Berg

1. bis 5. Juni 2011  
Deutscher Evangelischer Kirchentag  
Dresden

17. September 2011  
EAK Landestagung mit Neuwahl des Landesvorstands